

Stadt Lohmar · Der Bürgermeister · Postfach 1209 · 53785 Lohmar

Empfänger:
siehe Verteiler

ENTWURF

Rathaus
Haupt- und Rechtsamt
Rathausstraße 4
53797 Lohmar

Ihre Ansprechpartnerin:
Regina Fröhlich
Tel.: 02246 15-104
Fax: 02246 15-8-104
Regina.Froehlich@Lohmar.de

Zimmer: 203
Mein Zeichen: 10/10.24.01/Fr
Ihr Schreiben/Zeichen:

. März 2018

Resolution des Rates der Stadt Lohmar vom 6. März 2018

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Rat der Stadt Lohmar hat in seiner Sitzung am 6. März 2018 folgende Resolution beschlossen:

Der Rat der Stadt Lohmar spricht sich dagegen aus, dass zurzeit Abschiebungen nach Afghanistan vorgenommen werden.

Begründung:

Seit rund einem Jahr gibt es keine „Rücknahmevereinbarung“ zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Afghanistan. Dort existieren, so die Einschätzung der Bundesregierung, Regionen, die als „sichere und zumutbare interne Schutzalternative“ gelten könnten. Auf dieser Grundlage verlangt das Bundesinnenministerium von den Bundesländern, dass sie abgelehnte, auch langjährig hier lebende Geflüchtete nach Afghanistan zurückschicken, um mit dieser Maßnahme den Anstieg der Flüchtlingszahl aus Afghanistan zu begrenzen. Mit der politischen Änderung der Einschätzung der Lage Afghanistans einher ging ein Rückgang der Bewilligungen von Asylanträgen afghanischer StaatsbürgerInnen. Seit Anfang 2016 bekommt nur noch höchstens jeder zweite afghanische Asylbewerber Schutz in Deutschland (die Schutzquote betrug 2016 60%, im Jahr 2015 noch 78%). Nach Einschätzungen des Bundesinnenministeriums müssen 12.500 der hierzulande lebenden 247.000 afghanischen StaatsbürgerInnen Deutschland wieder verlassen.

Öffnungszeiten: montags: 8:30 - 12:00 und 14:00 - 18:00 Uhr · dienstags - freitags: 8:00 - 12:00 Uhr

Bankverbindungen: Kreissparkasse Köln: BIC COKSDE33XXX IBAN DE55 3705 0299 0023 0017 12
VR-Bank Rhein-Sieg: BIC GENODED1RST IBAN DE97 3706 9520 2100 8050 17

www.Lohmar.de

Dem gegenüber steht die katastrophale Situation in Afghanistan.

Laut Angaben UNHCR (*Anmerkungen von UNHCR zur Situation in Afghanistan auf Anfrage des deutschen Bundesministerium des Innern Dezember 2016*):

- hat sich im Laufe des Jahres 2016 der innerstaatliche bewaffnete Konflikt in Afghanistan weiter ausgebreitet und ist durch eine Stärkung der aufständischen Kräfte, unter anderem der Taliban gekennzeichnet.
- sind im Jahr 2016 mehr als 11.000 ZivilistInnen getötet oder verletzt worden. Zu vermuten ist, dass diese Zahl in der Realität noch höher ist, da es aus keinem Landesteil verlässliche Zahlen zu Opfern gibt. Zudem gibt es neben den tödlichen Anschlägen oder Kriegshandlungen weitere erhebliche Gefährdungssituationen. Diese können zum Beispiel ZivilistInnen betreffen, die verdächtigt werden, Rebellen oder Regierung zu unterstützen; Angehörige religiöser oder ethnischer Minderheiten, JournalistInnen; ebenso Kinder, die von Zwangsrekrutierung oder Frauen, die von sexueller Gewalt oder Zwangsehe bedroht sind.
- wurden im Jahr 2016 bis Mitte Dezember mehr als 530.000 Personen durch Konflikte innerhalb Afghanistans neu in die Flucht getrieben.

Die deutsche Botschaft in Kabul wurde nach einem Bombenanschlag im Mai 2016 geschlossen und bis heute nicht wieder eröffnet. Auch das Außenministerium gesteht ein, dass eine solide Lagebeurteilung nicht erfolgen kann, da Gespräche mit den Regierenden, sowie Dienstreisen im Land selber, kaum möglich sind. Umso dringender ist es, dass die überfällige Neubewertung der aktuellen Sicherheitslage in Afghanistan durch die Bundesregierung kurzfristig erfolgt.

Wir können nicht zulassen, dass Menschen in dieses unsichere und gefährliche Land abgeschoben werden! Auch deswegen fordert die Stadt Lohmar Bundestag und Landtag auf, dafür zu sorgen, dass die Finanzierung ‚Geduldeter‘ nicht nach drei Monaten auf die Kommunen übergeht, sondern von Bund und Land übernommen wird.

Mit freundlichen Grüßen

Horst Krybus

Eine Ausfertigung dieses Schreibens erhalten:

1. Deutscher Bundestag
2. Landtag Nordrhein-Westfalen
3. Der Paritätische Nordrhein-Westfalen e.V., Kreisgruppe Rhein-Sieg (nachrichtlich an die Unterzeichner des Antrages Bündnis vom 12.12.2017)